

Deutschland.

Berlin, 1. Mai. Nach der „Z. C.“ bestätigt es sich, daß noch immer in der Absicht des Königs liegt, in Gesellschaft des Kaisers von Russland die Pariser Ausstellung zu besuchen. Die beabsichtigte Reise des Kronprinzen ist unabhängig von diesem Projekt, und wahrscheinlich wird dieselbe schon früher erfolgen.

— Se. Majestät der König hat aus dem Dispositionsfonds 20,000 Thaler bewilligt, um auf der Pariser Ausstellung gewerblich oder landwirtschaftlich hervorragende Gegenstände für die in Preußen projektierten Museen für Gewerbe und Landwirtschaft anzukaufen, mit der Bestimmung, daß von dieser Summe 15,000 Thaler zum Ankauf gewerblicher und 5000 Thaler zum Ankauf landwirtschaftlicher Gegenstände verwendet werden sollen. Die betreffenden Aufträge sind bereits ertheilt, da die Anordnung ähnlicher Ankäufe von anderer Seite es nötig erscheinen ließen, diesseits rasch zu Werke zu gehen. Namentlich haben die Regierungen von Russland, Schweden und Hessen-Darmstadt auf landwirtschaftlichem Gebiet schon ansehnliche Ankäufe machen lassen. Preußischer Seitens hat sich gegenwärtig auch der Geh. Ober-Regierungsrath Wehrmann, Vorsitzender des Landes-Ekonomie-Kollegiums, im amtlichen Auftrage in Ausstellungs-Angelegenheiten nach Paris begeben.

— Obgleich Preußen und Frankreich offiziell nur über den Zusammentritt einer Londoner Konferenz Bewußt einer Verständigung über die Luxemburger Frage einzig sind, werden doch Angehörige derselben, was von beiden Seiten den Neutralen gegenüber bezüglich der garantirten Neutralstruktur Luxemburgs prinzipiell angenommen ist, sowohl in preußischen als in nichtpreußischen Kreisen je mehr und mehr sichere Friedenshoffnungen an die Konferenz gesäußt.

— Die national-liberale Partei will die Schlussberathung der Bundesverfassung beantragen oder unterstützen, andererseits auf formelle Aenderung der preußischen Verfassungs-Artikel nach Massgabe der Bundesverfassung verzichten. Die National-Liberalen werden außerdem sofort einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Snobeschränkungen bei Hypotheken einbringen.

— Simson und Stavenhagen sind der national-liberalen Fraktion beigetreten, welche Twesten, v. Unruh und v. Hennig wieder zum Vorstande gewählt hat.

— Die „Berliner Börsen-Zeitung“ schreibt: „Mit der eventuellen Nämung Luxemburgs Hand in Hand, soll ein preußisches bestfestigtes Lager bei Trier, großartiger wie dasjenige bei Châlons, errichtet werden.“

— (V. B.-Z.) In dem Augenblicke, da die französische Presse in ihrer übermuthigen Überhebung gegen Deutschland am lautesten zu den Waffen rief, weil ein Versuch, deutsches Land loszureißen und Preußens vertragsmäßiges Recht auf Haltung einer Besatzung in der Festung Luxemburg ohne Weiteres umzustossen, unsererseits gebührend zurückgewiesen ist — in diesem Augenblicke ist der französischen Nation ein Faustschlag in's Gesicht versetzt, welcher wohl lebhafte empfunden werden wird, als die Beschwerdepunkte, welche die verleerte Eitelkeit der „großen Nation“ gegen Preußen und Deutschland vorbringt. Dem Rückzuge der französischen Armee aus Mexiko — es ist schwer zu entscheiden, ob die Expedition oder die Retirade unruhiger — ist ein Nachspiel gefolgt, das jedem Franzosen das Blut in die Wangen treiben muß. Wir lassen die Thassachen reden: Das amerikanische Blatt „Washington“ veröffentlicht folgenden Befehl des General Ecobedo, Chefs der Nord-Armee der mexikanischen Republik: Die Waffen der konstitutionellen Partei haben sich stets edelmüthig bewiesen gegen die bewaffneten Ausländer, die gekommen sind, den ungerechten Krieg gegen uns zu führen, von dem unsere Jahrbücher zu erzählen haben. Wenn diese Ausländer eine wenn auch feindliche Fahne mit sich brachten, so hätte dieselbe sie eingemahnen als kriegernden Theil schützen können; wenn aber diese Fahne sich abgewandt hat von der Intervention, die man uns aufzwingen wollte, und wenn Diejenigen, welche unter ihr gedient hatten, freiwillig in den Dienst eines Usurpators treten, ohne jener Fahne und ohne der mexikanischen Nationalität anzugehören, sich an unseren inneren Zwistigkeiten beteiligen, die Leidenschaften erregen und Bürgerkrieg führen, außerdem Plünderungen und der Menschlichkeit hohnsprechende Gewaltthaten begehen, wie von jenen Truppen kürzlich bei dem Einbruch in die Hauptstadt des Staates Zacatecas geschehen ist: so haben sie allen Anspruch auf Rücksicht der Humanität verloren, sich in Banditen, erklärte Feinde der menschlichen Gesittung und des Friedens der Gesellschaft verwandelt — so wird es notwendig an ihnen ein Exempel zu statuiren, ihnen selbst zur wohlverdienten Strafe und der öffentlichen Meinung zur Genugthuung für die entsetzlichen Unthaten, welche sie verübt haben. Der kommandirende Offizier wird deshalb dazu schreiten, alle Ausländer, welche in der ruhmreichen Schlacht am 1. d. M. mit den Waffen in der Hand gefangen worden sind, hinrichten zu lassen, mit Ausnahme der Verwundeten, und über die Ausführung dieses Befehls gebührendermaßen an das Hauptquartier berichten. Unabhängigkeit und Freiheit! Mariano Ecobedo.

— Das mexikanische Blatt „Naciero“ berichtet über die Ausführung folgendes: Die Hinrichtung der 123 Gefangenen erfolgte am 3. März, 7 Uhr Morgens. Einer nach dem Andern wurde erschossen und jeder blutige Leichnam blieb auf dem Platze liegen, damit der nächste ihn vor sich sehe. Wenige zeigten sich mutlos, die Meisten sangen die Marseillaise.

— Gegenüber den Darstellungen von französischer Seite, als ob mit dem Aufhören des deutschen Bundes jedes vertragsmäßige Recht Preußens auf die Haltung einer Besatzung in der Festung Luxemburg von selbst erloschen wäre, kommt in erster Reihe der Territorialtrezess vom 20. Juni 1819 in Betracht. Denn es heißt

da: „Der König von Preußen und der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg sind übereingekommen, um auf die wirksamste Weise für die kombinierte Vertheidigung ihrer resp. Staaten zu sorgen, in der Festung Luxemburg eine gemeinschaftliche Garnison zu halten.“ Ihrer Staaten! Hier ist also ausdrücklich ausgesprochen, daß das preußische Besitzungsrecht zur Vertheidigung der Staaten Preußen und Holland bestimmt ist.

— Aus Luxemburg wird dem „Granf. J.“ vom 27. April geschrieben: Man geht mit der Ausrührung der Festung hier langsam vor.

Das Pulver ist aus den Friedensmagazinen herausgeschafft und in den Kriegsmagazinen untergebracht. Die Kasematten sollen bald wohnbar gemacht werden, und man sieht sich auch sonst nach bombenfesten Unterkünften für die Truppen um. Gestern war der ganze Festungsstab mit einer Inspektion der Werke beschäftigt.

Die Stimmung in der bissigen Bevölkerung und Presse beginnt sich mehr und mehr zu klären.

Der „Courier“, ein zwar in französischem Gewande erscheinendes, nichtsdestoweniger aber Deutsch gesinntes Blatt kämpft scharf gegen die „Union“ an,

die die Annexion günstig ist und als offiziös bezeichnet wird. Er weist in seinem heutigen Blatte nach, wie verderblich die französische Herrschaft schon in rein pekuniärer Beziehung für Luxemburg sein würde.

Er spricht nicht bloss von den Cigarrenhändlern, die allerdings durch das Tabakmonopol in Frankreich sofort auf den Grund gesetzt würden und die man deshalb auch von französischer Seite

durch spezielle Versprechen auf Anstellung u. dgl. für sich hat zu gewinnen gesucht. Er spricht hauptsächlich von den Steuern. Bis-

her kannte man in Luxemburg eigentlich nur zwei Arten von Steuer, den „impôt foncier“ und den „impôt sur le revenu“, die, wie sich der „Courier“ ausdrückt, das Geld da nehmen, wo sie es finden.

Der „impôt de la consommation“, bei uns etwa Schlacht- und Mahlsteuer, sei so gering, daß man ihn kaum bemerke. Dazu würde nun, im Falle der Annexion, ganz abgesehen von den Douanen, die allein schon ein Land ausaugen können, eine Masse von indirekten Steuern kommen.

Es wird besonders der so famos in Frankreich gehandhabte „rat de cave“ erwähnt. Die jungen Leute, sage die „Union“, hätten größere Aussichten und ein weiteres Feld für ihre Carrière in Frankreich.

Das widerlegt der „Courier“ schlagend, nicht nur indem er die Stellenjägerei und den Stellenmangel in Frankreich

scharf beleuchtet, sondern auch aus der früheren 20jährigen Herrschaft der Franzosen in Luxemburg das schönste Kapital für seine Widerlegung schlägt. Selbst im Militärdienst habe es kein Luxemburger weiter als zum Kapitän oder Major gebracht, und sie hätten doch gerade so tapfer gekämpft, wie die Anderen. Man würde mit den Stellen heute gerade wie damals versfahren, sehr wenige Amtler außerhalb Luxemburgs mit Luxemburgern, innerhalb aber Posten genug mit Franzosen besetzen.

— In Betreff der Thätigkeit des Abgeordnetenhauses in den nächsten Tagen hört die „N. A. Z.“, daß nach der heute um 12 Uhr stattfindenden Plenarversammlung, in welcher das Haus von der Staatsregierung voraussichtlich den Verfassungsentwurf für den norddeutschen Bund entgegennimmt wird, in dieser Woche keine Sitzung mehr stattfinden wird.

Die Vorlage wird zunächst durch den Druck vervielfältigt und hoffentlich am Freitag zur Bertheilung gelangen.

Da sie nach der Geschäftsordnung sich 3 Tage in den Händen der Mitglieder befinden muß, bevor das Haus in die Berathung treten kann, so wird die nächste Sitzung des Hauses erst am Dienstag, den 7. Mai, stattfinden; und zwar wird das Haus voraussichtlich dann sofort in die Vorberathung über den Verfassungsentwurf treten.

— Vom 1. Juli d. Jo., dem Tage des Überganges des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postwesens auf den preußischen Staat, treten die seitherigen Taxis'schen Franco-Marken und Courte ausser Gültigkeit; indessen können während der auf den geplanten Übergangstermin folgenden acht Wochen die gekauften, aber bis zu diesem Termine nicht verwendeten Taxis'schen Franco-Marken und Courte an die preußischen Postanstalten gegen baare Vergütung des Neuanwerths zurückgegeben werden.

— Unterm 29. wird der „Br. Z.“ telegraphirt: Die gestrige Abendversammlung der Fortschritts-Faktion berichtet, ob die Gegenwart Garnier-Pages und Genossen erforderne, eine große Volksversammlung Bewußt Friedens-Resolutionen zu berufen. Die Majorität äußerte Bedenken wegen des Mißfolgs der vorjährigen Resolutionen; doch ist das Zustandekommen der Versammlung wahrscheinlich.

— Bei der am Montag stattgehabten Sitzung des Central-Comités des preußischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger, ist der regierende Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode zum Präsidenten des Central-Comités gewählt worden.

Hannover, 29. April. Der Passus in der neulich von unseren Reichstags-Abgeordneten an die Regierung gerichteten Eingabe, welcher alle auf eine Aenderung der gegenwärtigen Lage gerichteten Agitationen entschieden verurtheilt, hat im ganzen Lande den Eindruck hinterlassen, daß der Anschluß unserer Provinz sich immer fester gestaltet, und daß die Elemente des schroffen Partikularismus dort zusehends an Boden verlieren. Allem Anschein nach darf hier nach auch wohl erwartet werden, daß die Mitterstaat in ihrer Gesamtheit sich eben so sehr in ihrem eigenen Interesse, wie in dem des Landes bald vollständig mit den neuen Verhältnissen aussöhnen und aufrichtig der preußischen Regierung sich zuwenden werde. Der von der „Indep. Belge“ gebrachten Nachricht, daß König Georg in Kalais eingetroffen und sofort von Dover nach London weiter gereist sei, liegt wohl eine Verwechslung mit dem Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz, der einige Ähnlichkeit mit dem Könige Georg besitzt und fürztlich nach England gereist ist, zu Grunde. — Von dem großen Senate des Königl. Obergerichts wurde heute über die am 15. April verhandelte Klage des Ban-

quierhauses Ephraim Meyer wider das Königl. General-Gouvernement, betreffend die Herausgabe der von denselben der General-lasse übergebenen Wertpapiere, folgendes Urteil verhängt:

„Unter Anerkennung der Klage als völlig liquide, wird dem Bellagten der Beweis aufgegeben, 1. daß die fraglichen Papiere wegen drohender Kriegsgefahr im Juni 1866 fortgeschafft seien, und daß dieselben 2. nicht in den Besitz der jeglichen Regierung gelangt seien. Als Termin für den Beweis wird der 3. Juni anberaumt, die Entscheidung über die Kosten bis dahin ausgesetzt.“

In derselben Sitzung kam eine dritte ähnliche Klage zur Verhandlung, welche von dem bissigen Banquierhaus Michel Berend gegen das General-Gouvernement auf Herausgabe von Wertpapieren, die für ein Darlehen von 250,000 Thlr. deponirt waren, angestrengt ist. Die Bekündigung des Urteils wurde auf den 6. Mai angezeigt.

Coblenz, 29. April. J. M. die Königin Augusta traf heute früh um 11 Uhr mittels Extrajuges der Lahnbahn im erwünschten Wohlflein hier ein und begab sich nach dem K. Residenzschloß. Der Oberebene-Breitstein, die öffentlichen Gebäude, die Rhein-Schiff- und Eisenbahnbrücke, die Agenturen der Dampfschiffe, so wie die Privatgebäude der Stadt haben sich in ihren Flaggensturm gesetzt. Wie wir hören, wird der Aufenthalt Ihrer Majestät nur einen Tag dauern; dann wird die Königin nach Baden-Baden weiterreisen.

Dresden, 29. April. Der auf den heutigen Tag wieder einberufenen Ständeversammlung ist heute auch bereits mit dem Allerhöchsten Dekret die Verfassung des norddeutschen Bundes „zu Berathung und verfassungsmäßigen Zustimmung“ zugegangen. Die zweite Kammer hat ihre erste Sitzung auf morgen Vormittag anberaumt und wird sich zunächst mit der Frage beschäftigen, ob die gedachte Verfassungs-Vorlage der ersten ordentlichen, oder einer zu wählenden außerordentlichen Deputation zur Berichterstattung überwiesen werden soll.

Meiningen, 28. April. Am 1. Mai wird in unserer Hofstätte die feierliche Konfirmation Sr. Hoh. des Erbprinzen Bernhard stattfinden. Es ist derselbe am 1. April 1851 geboren und zwar als das erste Kind Sr. Hoh. des regierenden Herzogs Georg aus seiner ersten Ehe mit Ihrer K. Hoh. der am 30. März 1855 gestorbenen Prinzessin Charlotte von Preußen.

Kuppenheim, 26. April. Morgen wird uns die Familie Herzog Adolphe verlassen, um zunächst einen längeren Aufenthalt in der Schweiz zum Zweck der Stärkung der völlig wieder geneigten Herzogin Adelheid zu nehmen. Die Herzogliche Familie geht mit kleinem Gefolge (ein Theil desselben ist entlassen oder geht nach Birken zurück) über Baden-Baden, Schaffhausen und Bern nach Lausanne, in dessen Hafen Duchy bereits ein Landhaus für die Sommer-Viellegglatura gemietet ist. Dr. Helm. Walter von Offenbach, dessen aufopfernder ärztlicher Behandlung und Pflege hauptsächlich die Wiederherstellung der Herzogin aus langer tödlicher Krankheit zu danken ist, wird dieselbe auf dringenden Wunsch nach der Schweiz begleiten, demnächst aber nach Offenbach wieder zurückkehren.

Württemberg.

Wien, 28. April. Die Uebersiedelung des Kaiserlichen Hofes hat gestern nach dem Lustschloß Schönbrunn zum Sommeraufenthalte stattgefunden. Die Kaiserlichen Kinder, Kronprinz Rudolph und Erzherzogissela, haben sich gestern Morgen, 33. M. der Kaiser und die Kaiserin Nachmittags nach Schönbrunn begeben, dessen reizender, dem Besuch des Publikums größter Park eben jetzt im schönsten Frühlingsgeschmuck prangt. Die Dispositionen über die Wahl des Kaiserlichen Hostagers im Hochsommer und Herbst sind vorbehalten. Doch ist es, so weit bis jetzt die Bestimmungen feststehen, beabsichtigt, daß die Majestäten sich Mitte Mai von Schönbrunn nach Pesth-Oszen begeben und etwa 14 Tage in dem vor Kurzem angekauften Krongut Gödöllö verweilen. In den ersten Tagen des Monats Juni wird die Krönung 33. M. des Kaisers und der Kaiserin als König und Königin von Ungarn stattfinden; die Feierlichkeiten, welche bei diesem Anlaß abgehalten werden, sind so berechnet, daß sie bis zum 10. Juni ihren Abschluß finden, nach welcher Zeit die Majestäten sich wieder nach Schönbrunn zurückbegeben. Ihr nächster Aufenthalt in Ungarn wird demnach etwa vier Wochen dauern.

Wien, 28. April. Die „A. A. Z.“ schreibt: Benedek ist in Graz bestohlen worden. Dieser Diebstahl hat etwas Eigentümliches, weil die Diebe mit Schonung aller übrigen Wertpässen blos die in- und ausländischen Ordensdekorationen des ehemaligen Besitzhabers der Nord-Armee mitgenommen haben.

Paris, 29. April. Ein Pariser Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung“ vom 27. d. M. schreibt: „Von halbostiaffeller Seite wird nunmehr angekündigt, daß im Falle der Krieg zum Ausbruch komme, hier (in Paris) Dokumente veröffentlicht werden sollen, genügend, um Preußen für alle Zeiten in der öffentlichen Achtung Europas zu ruinieren.“ Ähnliche Ankündigungen sind auch anderen Zeitungen mitgetheilt worden.

Hierzu bemerkt die „N. A. Z.“: Wir erinnern uns noch lebhaft der zahlreichen Erdichtungen, welche in Folge der Reise des preußischen Minister-Präsidenten, Grafen von Bismarck, nach Bari, über angebliche Vereinbarungen mit dem Pariser Kabinett wegen Abtreten verschiedener deutscher Gebietsteile an Frankreich verbreitet wurden. Welche Enthüllungen wurden damals nicht in Aussicht gestellt? Wir warten bis heute vergebens darauf. Die preußische Regierung hat in ihrer Politik die Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Indessen haben ja die Läuschungen der öffentlichen Meinung über die angebliche Bedrohung Hollands durch Preußen den Beweis geliefert, wie weit in unseren Tagen Fälschungen betrieben werden können. Es sollte uns daher nicht wundern, wenn wir

eines Tages mit Schriftstücken überrascht würden, welche als Aktenstück des preußischen Kabinetts zu figuriren bestimmt sind, während sie ihren Ursprung in der Phantasie des Erfinders haben. Nebrigens würde auch diese Art der Fälschung des Reizes der Neuheit entbehren. Ende Juni 1864 veröffentlichte die „Morning Post“ Depeschen über eine Allianz zwischen Preußen, Russland und England gegen Frankreich, welche wir am 4. Juli desselben Jahres als eine Fälschung zu bezeichnen ermächtigt waren.

— Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der zwischen Preußen und Frankreich schwedende Luxemburg-Konflikt in eine Phase getreten ist, welche eine friedliche Lösung derselben in Aussicht stellt. Der Vorschlag einer Konferenz ist von den beiden Kabinetten prinzipiell angenommen worden, und zwar auf Basis der Neutralisierung des Großherzogthums unter der Garantie Österreichs, Russlands und Englands. Bekanntlich hatte Frankreich ursprünglich Territorial-Erwerbungen gewollt, und nachdem es hierauf verzichtet hatte, sich doch gegen die Neutralisierung des Großherzogthums und noch mehr gegen eine ausdrücklich formulirte Garantirung der neutralen Mächte erhoben. Von dem Alten ist es nach und nach zurückgekommen, so daß nur noch die Vorfrage zu erledigen bleibt, ob die Festung vor dem Zusammentreffen der Konferenz in London zu räumen sei. Das Tuilerien-Kabinett wünscht es natürlicher Weise um des moralischen Eindrucks wegen, denn diese Einrichtung in Frankreich hervorbringen würde, und als Kompensation — vom französischen Standpunkte betrachtet — für die „Zugeständnisse“, die es gemacht habe. Es wird in dieser Beantragung von England und Österreich unterstützt. Entschieden scheint zur Stunde hierüber noch nichts zu sein.

Paris, 28. April. Am Freitag Morgen glaubte in Paris noch alle Welt an den nahen Ausbruch des Krieges, am Freitag Abend sogen die ersten Friedenstauben, und am Sonnabend früh stand der Regenbogen am Himmel, und nun stürzten sich die Börsen-Spekulanter eben so blindlings in die Haussse, wie sie früher die Flügel loslos hängen ließen, während das „Journal des Debats“ noch warnte, daß vor jedem großen Kriege Konferenzversuche gemacht würden, und während die „Liberté“ fragte: „Wenn der Friede so sicher ist, warumthat Rouher den Mund nicht auf?“ Der „Moniteur“ war nie stummer, als jetzt. Der „Constitutionnel“ begnügt sich, Rouher für sein Schweigen zu komplimentieren; der „Estand“ begt vorzeitige Hoffnungen; die „Patrie“ begnügt sich, ein Konferenz-Projekt liege vor. Was will das alles sagen? So rasonnierte man noch am Sonntag früh in Paris. Girardin glaubte damals noch fest daran, daß Frankreich die „vorherrige“ Räumung Luxemburgs verlange und Preußen nur die „bedingte“ leisten wolle. Darüber herrscht heute mehr Klarheit und Gewißheit. Die „France“ bringt heute einen eigenen Artikel und eine Wiener Korrespondenz voll Genugtuung über die geringe reelle Aussichten, welche Preußen bei seinen neuen Alliierten in Süddeutschland habe; besonders zeigen die Bayern und Schwaben wenig Kriegslust. In dem Wiener Berlese folgt dann der Zusatz: „Die Antipathie des Volkes gegen Preußen scheint von Neuem zu erwachen. Dasselbe Gefühl zeigt sich hier in Wien.“ Wir theilen dies nur als Symptom mit; denn ein Blick in die süddeutschen Blätter, in den „Schwäb. Merkur“ z. B., lehrt, daß in Betreff der Schwaben die Zuversicht des französischen Blattes auch nicht einmal den Schein der Wahrheit hat. Der finanzstelle Berichterstatter der „Liberté“ eröffnet seine Wochen-Rundschau mit dem gerade in diesem Blatte besonders merkwürdigen Satze: „Was in der letzten Woche sich auf dem Geldmarkt ereignete, lebt, wie gefährlich es ist, wenn man den tausend Gerüchten ein zu genetztes Ohr lebt, und eine wie schlimme Rathgeberin die Angst ist.“ Die „Liberté“ hat das Ibrige redlich beigetragen, um diese Angst der Pariser Spekulanten sieberhaft zu machen. Im vorigen Juni spekulierten dieselben Leute, die in dieser letzten Aprilhälfte nur an Krieg glaubten, auf Frankreichs Eintritt in den Kampf zwischen Österreich und Preußen.

London, 28. April. Der Strike der Schneider nimmt mehr und mehr eine Besorgniß erregende Gestalt an. Während das Organisations-Comittee seitens der Arbeiter den Arbeitgebern hier in London wie in der Provinz die letzten Auswege abschneidet — man hat neuerdings sogar die Schneiderinnen, welche außer dem Hause arbeiteten, unter die Flügel der Assoziation genommen — scheinen die aufs Neuerste getriebenen Meister fest entschlossen, ihre Sache durchzusehen und mit allen Mitteln ihren Zweck zu erreichen. Allerdings haben seit vorgestern wieder einzelne Firmen sich den Forderungen der Arbeiter unterworfen, aber dieselben stehen nur sehr vereinzelt da. Die Majorität veröffentlicht heute in der Presse einen Aufruf, worin sie das Verfahren der Arbeiter als Gewaltmaßregel der Unionen zur Erzwingung höherer Löhne denunzieren und ihr eigenes Vorgehen in dieser Angelegenheit rechtfertigen. Zu gleicher Zeit ist, um den Londoner Rebellen die Widerstandsmittel abzuschneiden, eine Agitation im Werke, um sämtliche Arbeiter in der Provinz außer Broth zu sezen, bis das Londoner Comittee nachgibt. Schon haben die Meister in Manchester diese Maßregel ausgeführt.

Florenz, 28. April. Der jetzt beendete Prozeß des Admirals Peisano scheint der Ausgangspunkt einer Menge anderer Prozesse werden zu sollen. Und in der That, Herr Peisano ist nicht der einzige Schuldige; die öffentliche Meinung und er selbst haben das Recht zu verlangen, daß er nicht allein straffällig erachtet wird. In Folge der Enthüllungen, zu denen die lange Gerichtsprozedur Veranlassung gegeben, hat das Auditoriat der Marine, dem Anschein nach, die Untersuchung gegen verschiedene Personen eingeleitet, die offenbar ihre Pflicht vernachlässigt haben und einen großen Anteil der Verantwortlichkeit bei dem unglücklichen Ausgang der Schlacht von Lissa tragen.

— Der Ministerpräsident und der österreichische Gesandte konferieren aufsallend viel zusammen. Man weiß, daß der Abschluß eines Handelsvertrages im Gange ist; aber man legt den häufigen Besprechungen noch einen andern Grund unter; man will in ihnen eine weitere Annäherung zwischen Florenz und Wien erblicken, die in einer Verbindung des Hauses Savoyen mit dem Hause Habsburg-Lotringen durch die Vermählung des Prinzen Humbert mit einer Erzherzogin Ausdruck gegeben werden soll.

Madrid, 27. April. Wie die „Correspondencia“ meldet, meldet, ist die Reise der Königin nach Valencia nicht sehr wahrscheinlich. Auch nach Aranjuez scheint der Hof vorläufig nicht zu gehen.

Warschau, 28. April. In den hiesigen militärischen Kreisen macht sich seit einiger Zeit eine ungewöhnliche Rücksicht bemerkbar. Die Armierung der hiesigen und litauischen Festungen mit gezogenen Geschützen ist größtentheils vollendet. Die Bewaffnung der Infanterie mit schnellschießenden Hinterladungsgewehren wird mit Eile betrieben. Von den im vorigen Sommer in Amerika gemachten grobhartigen Waffenbestellungen sind bereits mehrere Partien eingetroffen, andere werden täglich erwartet. Dabei wird in den russischen Fabriken Tag und Nacht an der Umwandlung gewöhnlicher Gewehre in Hinterlader gearbeitet. Auch für die hiesigen Truppen sind bereits einige Transporte schnellschießender Hinterladungsgewehre abgeliefert worden, mit denen fleißige Schießübungen gemacht werden. Unterrichtete Militärpersonen versichern, daß spätestens in acht Wochen die ganz russische Armee mit Gewehren nach dem neuen System bewaffnet und zu jeder Aktion befähigt sein wird.

Pommern.

Stettin, 1. Mai. Dem Bernehmen nach ist in der gestrigen nicht öffentlichen Stadtverordnetenversammlung die Pensionierung des Herrn Stadtraths Hessenland vom 1. Juli d. J. ab mit einer jährlichen Pension von 1200 Thlr. beschlossen worden.

— Heute Vormittag trafen die aus Hannover hierher versuchten fünf Polizeisergeanten hier ein und meldeten sich bei dem Herrn Polizei-Direktor.

— In der verflossenen Nacht wurde ein hiesiger Arbeiter, der sich mutmäsig zur Verübung eines Diebstahls eingeschlichen hatte, auf dem Boden des Hauses Bohlwerk Nr. 5 ergriffen und durch herbeigerufene Wächter zum Polizeigefängnis abgeliefert.

— In vorlester Nacht ist die Büffettasse in dem im „Deutschen Hause“ eine Treppe hoch belegenen Necessitärenlokal der Handlungshülfen anscheinend mittelst Nachschlüssels geöffnet und deren Inhalt mit ca. 17 Thlr. entwendet worden.

— Aus einer unverschlossenen Küche des Hauses Mönchbrückstraße Nr. 4 ist ein silberner Löffel und aus einer Küche des Hauses Breitestraße Nr. 19 ein Portemonnaie mit ca. 1 Thlr. Inhalt gestohlen, ohne daß die Diebe bisher ermittelt sind.

Stettin, 1. Mai. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung erstattete der Vorsitzende, Herr Leon Saunier, Namens der betreffenden Kommission den Bericht über die Vorbereitung einer Erwahlung für den zum Bürgermeister gewählten Stadtrath Sternberg. Die Kommission ist noch über den ihr erteilten Auftrag hinausgegangen mit Rücksicht darauf, daß auch für den Stadtrath Hessenland eine Neuwahl in nächster Zeit vorsteht. Sie ist ziemlich einstimmig zu der Ansicht gelangt, daß im Vergleich zu der in anderen Städten gleicher Größe vorhandenen Zahl befreiter Magistratsmitglieder eine der beiden valanten Stellen eingehen und den unbedeckten Stadträthen, die hier ebenfalls in größerer Anzahl vorhanden sind, wohl ein ausgedehnterer Wirkungskreis zugethielet werden können. Ein dahin zielender Kommissions-Antrag an d. n. Magistrat, sich mit dieser Ansicht einverstanden zu erklären, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. — In einem Berichte des Kreisphysikus Dr. Gödden an die Königl. Polizeidirektion wird die Bewilligung einer jährlichen Namensermentation von je 50 Thlr. für die hiesigen 5 Impfarzte beantragt. Der Magistrat, dem dieser Antrag zugegangen, empfiehlt dagegen, jeden Arzten aus städtischen Mitteln für die Impfung eines Kindes extra $2\frac{1}{2}$ Sgr. zu bewilligen, was pro anno eine Ausgabe von circa 100 Thlr. verursachen würde. Die Finanz-Kommission empfiehlt indefsen die Ablehnung beider Anträge, da die Kommune zu solcher Salarierung keine Verpflichtung habe. Dem Antrage der Finanz-Kommission wird von einigen Rednern aus verschiedenen Motiven widersprochen und nachdem der Antrag des Dr. Gödden, den Herr de la Barre zu dem seingen erhoben, abgelehnt, der Antrag des Magistrats fast einstimmig angenommen. — Die Mitteilung der vom wissenschaftlichen Verein der Ärzte überreichten Resolutionen, die Epidemie in bisheriger Stadt betreffend, welche auch die Zweckmäßigkeit der Kanalisation ausführlicher behandeln, geht nach genommener Kenntniß zu den Arten. — Für die am 1. Juli d. J. zu eröffnende Schule auf Pomeranendorfer Anlagen wird die Anstellung eines Schulwärters mit 60 Thlr. jährlichem Gehalt neben freier Wohnung und Feuerung, ebenso das Mehrgehalt zur Anstellung eines Hauptlehrers bewilligt. — Die Feier des Jahrestages der Schlacht von Königgrätz soll in den hiesigen Schulen mit einer Prämierung der Schüler begangen werden. Der Magistrat beantragt die Bewilligung von 100 Thlr. zur Anschaffung einer entsprechenden Anzahl des vom Berliner Magistrat beim Jugenddrucksteller Herd. Schmidt bestellten Werkes. Die Bezeichnung erklärt sich mit der Schulfeier und Prämierung einverstanden, will jedoch die Geldbewilligung bis nach dem Erscheinen des Werkes ausgestellt wissen. — Ein Antrag des Herrn Reimanns, den Magistrat um eine Vorlage wegen gründlicher Verbesserung des Plasters in der Magazinfeuer, zu ersuchen, für die schon im Etat pro 1865 200 Thlr. ausgegeben sind, wurde angenommen. — Ein fernerer Antrag der Herren Dr. Wolff, Reimann und Steinide, den Magistrat um baldige Vorlage eines revidirten Reglements über die hiesige Einquartierungslast in Kriegszeiten zu ersuchen, führte eine sehr erregte Debatte herbei. Herr Dr. Wolff vertheidigte sich gegen die Zumutung, er habe mit seinem Antrage eine grobhere Belastung der Haushaltshäuser beabsichtigt; er wolle es vielmehr dem Magistrat überlassen, an der Hand der von ihm gesammelten Erfahrungen für die im vergangenen Jahre zu Tage getretenen Uebelstände geeignete Abhilfe zu finden. Er behauptete, hieß herreiche die allerfehlteste Methode der Naturalbequarierung. Herrn Dr. Bachariae dagegen erwiderte der jetzige Modus der Bequarierung, die eine allgemeine Kommunallast involvire, als eine vortreffliche Einrichtung; er sieht hauptsächlich die Unverfügbarkeit des Wolffschen Antrages an und behauptet, daß der selbe nur Zweipfalt in der Versammlung wie in der Bürgermeister hervorruhen werde und empfiehlt deshalb von vorne herein die Ablehnung des Antrages. Nachdem noch die Herren Hafer, Thießen, (Dr. Wolff und Dr. Bachariae wiederholte), Fuchs und Löppser sich für Beftütigung der vorgenommenen Uebelstände ausgesprochen und ein Vermitlungsantrag des Herrn Dr. Meyer: „den Antrag einer gemischten Deputation zu überweisen“, abgelehnt worden, wird der Wolffsche Antrag mit großer Majorität angenommen. — Auf die Ausübung des Kaufsvertrags bei dem Grundstücke Nr. 52 in Meseßthin wird verzichtet, dagegen beschlossen, jenes Recht bei dem Ludewig'schen Grundstück auf der Unterwiel (für den Preis von 4450 Thalern) anzutreten. — In Stelle des Bergolders Brochhausen, der die Wahl zum Kontrolleur der Standesherrschaft erhebend auf den Fahrmärkten aus gesetzlichen Gründen abgelehnt, hat, wird der Restaurateur Bais, desgleichen werden zu Mitgliedern der Kassensteuer-Verlammungs-Kommission der Förster Ecke auf Blockaus, Ziegelerbacher Lemke und Gastwirt Wilken zu Pomeranendorfer Anlagen erwählt. — Ein Antrag des Arbeiters Schwobow auf Errichtung einer Servo-vergüting wird dem Magistrat zur weiteren Veranlassung überwiesen.

Bermischtes.

— In welchen lächerlichen Erwartungen für den Fall eines Krieges sich manche französische Blätter ergeben, davon giebt ein wunderliches Zeugnis die Hoffnung, daß eine Panzerflotte in die Mündung der Elbe einlaufen und bis nach Berlin in den Hamburgerhafen vordringen werde.

Paris. (Bewegbare Festungen.) Der Ingenieur Parje, in der Überzeugung, daß nach den bei Fort Monroe in Nordamerika und bei Fort Shoeburyne in England gemachten Erfahrungen nur noch massives Eisen im Staate ist, widerstand gegen die neuern großen Voll- und Sprenggeschosse zu leisten; will die europäischen Landfestungen von ihrer veralteten, unnützen Last

durch Anwendung beweglicher Forts befreien. Es sind dies hohle, lange, ganz aus Eisen bestehende Körper mit in der Schuhlinie angebrachtem Schuhbrecher, welche die schwersten, stärksten Geschosse abweisen und im Innern Kanonen, ihre Bedienung, Munition und eine Anzahl von Scharfschützen enthalten. Diese Körper bilden durch viele gegenseitige massive Verbindungen und mit Anwendung von leicht ausgeworfenen Gräben u. s. eine sogenannte „Heerfestung“ und können große Armeen führen, aufnehmen und, so lange Munition und Proviant vorhanden, decken. Diese Heerfestungen, welche sich sei es auf Schiffen oder zu Lande, durch das jetzige Eisenbahnen entweder mit eigenen Rädern fahren, oder in zertheiltem Zustande auf Wagen geladen, leicht in einigen Tagen von einem Platze zum andern, von einer Landgrenze zur andern fortgeschaffen lassen, verwandeln jeden beliebigen Punkt sofort in ein Fort, um Grenzen, Städte und Eisenbahnen u. a. m. zu beherrschen. Auf solche Art werden die Eisenbahnen zu den wichtigsten Befestigungswerken eines Landes. Die Theile der eisernen Forts bewegen sich auf ihnen nach den bedrohten Punkten.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 30. April, Nachmittags. Bei der heutigen Eröffnung der zweiten Kammer erklärte der Kammerpräsident Habermann, es sei jetzt, nachdem der Reichstag mit so überwiegender Majorität die norddeutsche Bundesverfassung angenommen habe, für die Vertreter der einzelnen Bundesstaaten eine unvermeidliche Notwendigkeit, alle Bedenken — auch wenn dieselben noch so erheblich seien — gegen diese Verfassung schwinden zu lassen. Der sächsische Landtag möge daher seine Aufgabe rasch erledigen und dadurch wenigstens nach dieser Seite hin das Seinige zur Beseitigung der jetzigen unsicheren, ja unheimlichen Zustände beitragen.

Paris, 30. April, Abends. Aus zuverlässiger Quelle wird mitgetheilt, daß die Einladungen an die Unterzeichner der Verträge von 1839 Bechuß Beschickung einer Konferenz im Namen des Königs von Holland ergeben werden.

„Patrie“ meldet: Der Termin, an welchem die Konferenz beginnen soll, ist noch nicht festgestellt. Es ist aber sicher, daß dieselbe in London tagen wird.

„France“ sieht in der Thronrede des Königs von Preußen den Ausdruck des aufrichtigen Wunsches, daß der Friede erhalten bleibe. —

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Wien, 1. Mai. Die „Presse“ meldet: Die Londoner Konferenz auf Grundlage des russischen Programms ist von den beteiligten Mächten angenommen. Die vorbereitende Sitzung der Bevollmächtigten Englands, Frankreichs, Österreichs, Preußens, Russlands und Hollands soll unter dem Vorsteher Lord Stanley's am 12. Mai stattfinden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 1. Mai. Witterung: trübe, Morgens Regen. Temperatur + 10° N Wind: SW.

Weizen weichend, schwefeliger, loco pr. 85psb. gelb und weißunter 87–98 R bez., 83–85psb. gelber Frühjahr 96 $\frac{1}{2}$, 94 $\frac{1}{2}$, 94 R bez., Mai-Juni 93 $\frac{1}{2}$, 92 $\frac{1}{2}$, 94 R bez., Juni-Juli 91 $\frac{1}{2}$, 92 R bez., Juli-August 90 R nom., September-Oktober 82 $\frac{1}{2}$, 83 R bez.

Roggengrieß, pr. 2000 Rbd. loco 60 $\frac{1}{2}$, 62 R bez., Frühjahr 61, 60 R bez., Mai-Juni 60 $\frac{1}{2}$, 59 $\frac{1}{2}$, 58 R bez., Juni-Juli 60, 59 $\frac{1}{2}$, 58 R bez., Juli-August 56 $\frac{1}{2}$, 54 R bez., September-Oktober 55 R bez. u. Gbd., 55 $\frac{1}{2}$, 54 R bez.

Gerste und Hafer ohne Umlauf.

Rabobratt, loco 10 $\frac{1}{2}$, 11 R bez., Mai 10 $\frac{1}{2}$, 11 R bez., September-Oktober 11 $\frac{1}{2}$, 12 R bez.

Spiritus behauptet, loco ohne Fab. 16 $\frac{1}{2}$, 17 R bez., Frühjahr u. Mai-Juni 16 $\frac{1}{2}$, 17 R bez., (gestern Nachmittag noch 16 $\frac{1}{2}$, 17 R bez.) Juni-Juli 16 $\frac{1}{2}$, 17 R bez., Juli-August 16 $\frac{1}{2}$, 17 R bez. u. Br.

Angenobet: 150 Wpl. Weizen, 200 Wpl. Roggen, 50 Wpl. Gerste, 2000 Ettr. Rübbel, 90,000 Ettr. Spiritus.

Landmarkt.

Weizen 90–96 R, Roggen 56–60 R, Gerste 45–48 R, Erbsen 55–60 R per 25 Schfl., Hafer 32–34 R per 26 Schfl., Stroh pr. Schaf 6–8 R, Heu pr. Et. 25 Rg. bis 1 R.

Hamburg, 30. April. Getreidemarkt. Weizen ruhig, behauptet. Pr. April 5400 Rbd. netto 170 Bankothaler Br., 168 Gbd. pr. Frühjahr 168 Br., 166 Gbd. Roggen sehr lebhaft und steigend, ab Danzig 92 bez. Pr. April 5000 Rbd. Brutto 110 Br., 108 Gbd. pr. Frühjahr 108 Br., 107 Gbd. Hafer fest. Öl matt, loco 23 $\frac{1}{2}$, pr. Mai 23 $\frac{1}{2}$, pr. Oktober 25 $\frac{1}{2}$. Spiritus fest, ohne Kauflust, 23 $\frac{1}{2}$. Kaffee ruhig, Zink 10,000 Centner an Lieferung pr. Juni-Juli zu 13 Mt. 7 $\frac{1}{2}$ C. verläuft. — Regenwetter.

Breslau, 30. April. Spiritus 8000 Trosses 17 $\frac{1}{2}$. Weizen pr. April 86. Roggen pr. April 63 $\frac{1}{2}$, do. pr. Frühjahr 63. Rübbel pr. April 10 $\frac{1}{2}$. Raps pr. April 92. Zink pr. April 6 $\frac{1}{2}$.

Stettin, den 2. Mai.

Hamburg	... 6 Tag.	150 $\frac{1}{2}$, bz	St. Börsehaus-O.	4	—
"	... 2 Mt.	150 bz	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	... 8 Tag.	142 $\frac{1}{2}$, G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	141<			